



Call for Papers

Politisierung von Jugend

Jahrestagung des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung (ZKJF)
in Kooperation mit dem Institut für Konflikt- und Gewaltforschung (IKG)

29. - 30. November 2021

Zentrum für Interdisziplinäre Forschung, Universität Bielefeld (ZIF)

Junge Menschen sind zunehmend „politisch“, sie „melden“ sich – so die Shell-Jugendstudie 2019 – als „Generation [...] zu Wort“ und fordern – so das Bundesjugendkuratorium – die Politik heraus. Auch die Stellungnahme der Bundesregierung zum 2020 veröffentlichten 16. Kinder- und Jugendbericht fordert alle jungen Menschen bei ihrer politischen Selbstpositionierung zu unterstützen und so ihre Entwicklung zu gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu fördern. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend konstatiert „ein gestiegenes politisches Interesse sowie eine zunehmende Bedeutung von politischem Engagement bei jungen Menschen“ und proklamiert im Rahmen der neuen Jugendstrategie wohlwollend ein neues „partnerschaftliches Verhältnis“ von Jugend und Politik. Allerdings wird vielen, durch junge Menschen getragenen, politischen Ausdrucksformen seitens der Politik auch mit einer gewissen Portion Desinteresse, Sorge und Abwehr begegnet. Exemplarisch sei hier auf das gestiegene klimaaktivistische Engagement sowie neue digital-mediale Formen politischer Meinungsbildung und -artikulation verwiesen.

Solche gegenwärtigen Thematisierungen der Politisierung von Jugend werfen allerdings Fragen auf – nicht zuletzt vor dem Hintergrund politischer Bezugnahmen auf junge Menschen in der Corona-Pandemie, die sich zu einer Deutung als riskante bzw. gefährdete Generation verengen. Zum einen bleibt bisweilen unklar, welche Formen des politischen Ausdrucks oder Engagements jeweils genau gemeint sind, wenn sie eher begrüßt oder abgelehnt werden. Zum anderen wird entgegen der empirischen Realität „die“ Jugend als einheitliche gesellschaftliche Gruppe mit ähnlich gelagerten Interessen identifiziert. Demgegenüber ist jedoch festzuhalten, dass neben der generationalen auch klassen- und herkunftsbezogene Differenzlinien eine Rolle für die Möglichkeiten und Praktiken politischen Handelns junger Menschen spielen. Des Weiteren muss eine Auseinandersetzung mit der Politisierung von Jugend sowohl institutionalisierte politische Beteiligungsformen als auch andere, etwa jugendkulturelle Äußerungsformen und ihren (symbolischen) politischen Gehalt einbeziehen. Darüber hinaus sind auch die Grenzen und Ambivalenzen institutionalisierter Partizipation in ihrem Verhältnis zu individuellen Interessen und Artikulationsmöglichkeiten junger Menschen in den Blick zu nehmen.

Die Tagung greift insofern die Frage nach der Politisierung der Jugend in einem doppelten Sinne auf: Zum einen soll die Politisierung von Jugend im Rahmen der sie betreffenden öffentlichen Diskurse, Programmatiken, gesellschaftlichen Steuerungsbemühungen und entsprechenden Praktiken im Fokus der wissenschaftlichen Auseinandersetzung stehen (**Wie wird Jugend politisiert?**). Zum anderen soll die Politisierung der Jugend im Sinne eines Bestrebens Einzelner oder von Gruppen junger Menschen, sich (politisch) Gehör zu verschaffen, also die politischen Äußerungsformen, Bewegungen und Positionierungen von jungen Menschen in den Blick genommen werden (**Wie politisiert sich Jugend?**).

Diese doppelte Schwerpunktsetzung soll deutlich machen, dass junge Menschen einerseits Objekt und Gegenstand von Politisierung sind, zugleich aber auch selbst auf vielfältige Weise als politische Akteur*innen auftreten. So werden Jugendliche einerseits im Rahmen institutionalisierter Beteiligungsformen verstärkt als Partizipationssubjekte und zukünftige, noch im Werden begriffene Bürger*innen adressiert. Sie sind allerdings nicht erst seit der diagnostizierten „Populismusanfälligkeit“ von Jugend und den aktuellen Klima-Protestbewegungen als politische Akteur*innen zu verstehen. Neben selbstorganisierten Protestbewegungen und der institutionellen Forderung und Förderung von/nach Partizipation sind darüber hinaus auch Formen und Prozesse der (De-)Radikalisierung sowie individuelle und gruppenbezogene Umgangsweisen mit Diskriminierungs- und Exklusionserfahrungen als Politisierung junger Menschen zu fassen.

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung wird das Verhältnis von Jugend und Politik jedoch nicht selten lediglich als Gegenstand politischer Bildung oder als Frage nach angemessenen (formalen) Beteiligungs-

formaten, -anlässen und Programmen verhandelt. Ein solch enges Partizipationsverständnis läuft dabei Gefahr, die in politischen Praktiken eingelassenen Macht- und Herrschaftsverhältnisse aus den Augen zu verlieren. Des Weiteren liegt eine Vielzahl von Studien und theoretischen Entwürfen zu Jugendpolitiken vor, in welchen die gesellschaftlichen Debatten über Jugend und „die Jugend“ betreffenden Programme, Maßnahmen und gesetzlichen Rahmungen daraufhin befragt werden, wie diese Jugend als Lebensphase konstruieren und institutionalisieren. Die Bandbreite der (jugend-)politischen Thematisierung reicht dabei von Jugend als (eigenständigem) Möglichkeits- und Ermöglichungsraum hin zu Jugend als Phase der möglichst effizienten und (zeit)ökonomischen Vorbereitung auf deren spätere Einmündung in den Arbeitsmarkt, welche mit Individuations- und (Selbst-)Optimierungsanforderungen verknüpft ist. Hieran anschließend lässt sich der Gegenstand der „Politisierung von Jugend“ auch als Kampf- bzw. Konfliktfeld markieren. So sind im Reden über, von und mit Jugend Zuschreibungen und Grenzziehungen – etwa über die (legitimen) Formen politischer Beteiligung Jugendlicher – eingelassen, welche nicht zuletzt einen Beitrag zur Aufrechterhaltung einer spezifischen generationalen Ordnung leisten. Dabei steht auch zur Debatte, ob und in welchem Maß die klassischen Konfliktlinien divergenter generationaler Interessenlagen (noch) eine Rolle spielen.

Wissenschaftler*innen und Forschende aus unterschiedlichen disziplinären Kontexten sind herzlich dazu eingeladen, sich diesen Themenbereichen etwa unter folgenden exemplarischen Fragestellungen zu widmen und sich mit empirischen und/oder theoretischen wissenschaftlichen Beiträgen an der Tagung zu beteiligen:

- Welche Grenzziehungen finden sich in aktuellen jugendpolitischen Debatten und Praktiken zwischen Akteur*innen, gesellschaftlichen Gruppen oder staatlichen Organisationen?
- In welcher Weise werden affirmative, subversive und/oder indifferente Praktiken (jugend-) politischer Akteur*innen sichtbar, auch in historisch-systematisierenden oder transnationalen Perspektiven?
- Welche neuen Modi der politisch-praktischen Auseinandersetzungen spielen dabei eine Rolle (z.B. im Kontext von Digitalisierung und Social Media)?
- Wie wird Beteiligung und Partizipation – auch jenseits dafür vorgesehener Formate und Veranstaltungen – in pädagogischen Kontexten und Institutionen praktiziert und verhandelt?
- Wie erleben junge Menschen die im Rahmen von Partizipations- und Beteiligungsprogrammen an sie gerichteten Adressierungen und Regulierungen?
- Wie verändert sich Politisierung von Jugend in ‚Corona-Zeiten‘?

Wir freuen uns über Einreichungen mittels eines **Abstracts im Umfang von 1500 Zeichen** für

- einen **Vortrag** (30 Minuten einschließlich Diskussion) oder
- ein **Poster** oder
- eine **Diskussionsgruppe** (60 Minuten, offener Austausch zu einer spezifischen Fragestellung; nicht durch Vorträge, sondern lediglich durch Impulse strukturiert)

bis spätestens zum **31. Mai 2021** an zkjf-tagung@uni-bielefeld.de.

Um flexibel auf die Situation im Herbst reagieren zu können, findet die Tagung im hybriden Format statt. Bitte geben Sie per Mail an, ob Sie voraussichtlich für eine Präsentation **vor Ort oder digital** bereitstehen. Je nach der dann aktuellen Lage versuchen wir Ihren Wunsch zu realisieren.

Etwaige Rückfragen können an Baris Ertugrul (baris.ertugrul@uni-bielefeld.de) oder Stephan Dahmen (stephan.dahmen@uni-bielefeld.de) gerichtet werden.

→ www.uni-bielefeld.de/zkjf



Call for Papers

Politicization of Youth

Annual conference of the Centre for Childhood and Youth Studies (ZKJF) in cooperation with the Institute for Interdisciplinary Research on Conflict and Violence (IKG)

29th - 30th November 2021

Centre for Interdisciplinary Research, Bielefeld University (ZIF)

Young people are becoming increasingly more political. As the Shell youth survey of 2019 states, they are “speaking up as a generation” and “challenging politics”. In its 16th report on children and youth published in 2020, the German federal government also urges to support young people’s own political self-positioning, as well as their development of socially competent personalities. The German Federal Ministry of Youth notes “an increased political interest and a rising importance of political engagement among young people” and looks benevolently at this development. Simultaneously, politicians tend to react with a certain disinterest, worry and resistance regarding other forms of youth’s political engagement. The reactions towards rising climate activist engagement of young people, new (often digitally mediated) forms of political formation of opinion as well as other forms of political expression bear witness to this.

However, such current conversations on the politicization of youths raise questions – especially in the context of political references to youth during the COVID-19 pandemic. They seem to narrow down to conceptions of a dangerous or an endangered generation. On one side, it remains unclear which forms of political engagement are exactly meant. On the other side, contradicting empirical reality, “youth” is being identified as a uniform social group with similar interests. In addition to the generational distinction, class- and origin-related lines of difference also play a central role. Moreover, an examination of the “politicization” of youth must include both institutionalized forms of political participation as well as other forms of young people’s political expressions, such as youth cultures, institutionalized participation, everyday activities and their (symbolic) political content. The boundaries and ambivalences of institutionalized participation in their relation to individual interests and capabilities of articulation of young people must be taken into consideration as well.

This conference addresses the question of the politicization of youth in a two-fold sense: On the one hand, it focusses on the politicization of youth within the framework of public discourses, programs, governance and regulation efforts and the corresponding practices (**How is youth politicized?**). On the other hand, it focuses on the politicization of youth, understood as the manifold and diverse efforts by individuals or groups of young people to be heard (politically) (**How do youth politicize?**).

This double meaning emphasizes that on the one side, young people are the object of politicization in a wide range of public politics and policies while on the other, they, in various ways, function as political actors themselves. In institutionalized forms of participation, youth are increasingly addressed as subjects of participation and as “future citizens” still in the process of becoming a full member of a political community. However, youths are not only to be understood as independent political actors in light of their diagnosed ‘susceptibility to populism’ or recent climate protest movements. The political engagement of young people takes place in a field of tension between self-organized protest movements and a state-governed promotion and expectation to participate and to get engaged. In the same vein, processes and modes of (de-) radicalization as well as the ways in which individuals and groups deal with experiences of marginalization and exclusion must be understood as inherently political.

However, contemporary scientific debates all too often reduce the question on political agency of youth to a mere subject of citizenship education or to a question of appropriate, youth-specific participation formats or prevention measures. Such interpretations of participation may lead to a disregarding of certain power relations that are inherent to political practices. Furthermore, interdisciplinary research on youth policies has yielded a large number of studies and theoretical conceptualizations that show the extent to which public discourses on youth and youth-related programs, policies and legislations construct and institutionalize youth as a phase of life. In contemporary discourse, the political construction of youth ranges from youth as an (independent) space for possibilities and opportunities, to youth as the human capital of the future, and thus

as a phase focused on fast and efficient entry into the labor market, coming with new requirements of individualization and (self-)optimization. Concluding, youth-related politics mark a field of conflict in which massive disputes are carried out. When talking about or with youth, ascriptions and demarcations are being set – for example, about (legitimate) forms of political participation for young people – which contribute to maintaining a generational hierarchy. It is up for debate whether and to what extent traditional lines of conflict of divergent generational interests between the “younger” and the “older” generation (still) play a role.

Scientists and researchers from different disciplinary contexts are cordially invited to submit proposals for a contribution in the broad field of these topics, for example under the following exemplary questions:

- What boundaries and distinctions are drawn in current debates on youth policy, political practices, and by different actors, social groups or state organizations?
- What affirmative, subversive and / or indifferent practices of young people and actors in the field of youth policies can be made visible, also regarding historically-systemizing or transnational perspectives?
- What is the impact of new modes and modalities of political disputes and the formation of political movements (e.g., in the context of digitization and social media of political-practical)?
- How is participation – even beyond designated formats and events – being practiced and dealt with in pedagogical / educational contexts?
- How do young people experience the diverse demands and regulations addressed pointed to them in the context of participatory policies and the diverse programs designed for them?
- How does politicization of youth change during ‘covid times’?

We welcome contributions in the form of an **abstract of 1.500 characters** for

- a **presentation** (30 minutes, including following discussions) or
- a **poster** or
- a **discussion group** (60 minutes, open exchanges on specific questions, no individual presentations)

to be handed in via email to: zkjf-tagung@uni-bielefeld.de until the **31st of May 2021**.

Please note that the conference is planned in a “hybrid” format. In order to flexibly adapt to the situation in autumn, all events of the conference can be attended both “in person on site” and digitally. Please also mention whether you would like to present physically or digitally.

Any questions can be directed to Baris Ertugrul (baris.ertugrul@uni-bielefeld.de) or Stephan Dahmen (stephan.dahmen@uni-bielefeld.de).

→ www.uni-bielefeld.de/zkjf